
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 5

Kreistag

am 20.12.2011

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)
Heike Brossat (SPD)
Christel Ciecior (SPD)
Brigitte Cziehso (SPD)
Martina Eickhoff (SPD)
Bernd Engelhardt (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Jens Hebebrand (SPD)
Christine Hölling (SPD)
Claudia Isenberg (SPD)
Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Jürgen Kerl (SPD)
Dirk Kolar (SPD)
Ingrid Kroll (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Ursula Lindstedt (SPD)
Dieter Mendrina (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Peter Vaerst (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Wilfried Feldmann (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gero-Heinrich Bangerter (FDP)

Michael Klostermann (FDP)

Heike Schaumann (FDP)

Sigurd Senkel (FDP)

Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)

Werner Sell (DIE LINKE.)

Dieter Albert (FWG)

Helmut Stalz (FWG)

Helmut Rosenkranz (GFL)

Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Für die Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann

SPD-Kreistagfraktion

Herr Dr. Timpe, Dez. II

Kreistagfraktion

Herr Sparbrod, Dez. III

Kreistagfraktion

Frau Leiße, L PM

Kreistagfraktion

Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Kreistagfraktion

Geschäftsführerin der Kreistag-

Verwaltung

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der

Frau Bock, Geschäftsstelle der CDU-

Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-

Frau Ondrejka-Weber,

fraktion DIE LINKE.

Vertreter der Medien

Zuhörer/innen

weitere Angehörige der

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Sodann weist er darauf hin, dass aufgrund des thematischen Zusammenhanges die Reden der Fraktionen und Gruppen zum Haushalt 2012 bereits zu Beginn des Tagesordnungspunktes 3 gehalten werden. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

227/11

Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde

Punkt 3

182-1/11

Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 (Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf)

Punkt 4

Haushalt 2012

Punkt 4.1

228/11

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

Punkt 4.2

191-1/11

Stellenplan für das Jahr 2012

Punkt 4.3

183-2/11

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2012
- Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf -

Punkt 5

184/11

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010

Punkt 6

220/11

Einheitliches Berichtswesen für Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten -
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2011 -

Punkt 7

203/11

Nahverkehrsplan-Ergänzung 2011 – Beschluss über die Stellungnahmen

Punkt 8

210-1/11

Projekt FahrradBus ab 2012

Punkt 9

205/11

Errichtung von neuen Bildungsgängen am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen

Punkt 10

222/11

Energetische Sanierung des Zentrums für Naturwissenschaften und Technologie (NTZ) und räumliche Konzentration der schulischen Verwaltungseinheiten (Dienstleistungszentrum Schulen) sowie Schaffung von Büroraum für die Kreisverwaltung

Punkt 11

215/11

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung

Punkt 12

151/11

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. über den jährlich zu zahlenden Zuschuss und dessen Verwendung

Punkt 13

185/11

Wettbewerb „Biologische Vielfalt in privaten Gärten“

- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2011 -

Punkt 14

202/11

Zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (12. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2012

Punkt 15

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 16

211/11

Unterstützung des Wettbewerbs im SPNV bei der Fahrzeugfinanzierung

Punkt 17

206/11

VOF-Verfahren zur Generalplanung der Sanierung des NTZ in Unna
-Vergabe des Auftrages-

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

227/11

Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde

Beschluss

Der Kreistag wählt Herrn Michael Garbe für die Kreisjägerschaft als Mitglied in den Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

182-1/11

Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 (Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf)

Erörterung

Zum Nachtragshaushalt 2011 und zum Haushalt 2012 tragen Frau Cziehso für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Herr Goldmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Senkel für die FDP-Fraktion, Herr Sell für die Fraktion DIE LINKE., Herr Stalz für die FWG-Gruppe und Herr Dr. Laarmann für die GFL-Gruppe vor. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen 1 bis 7 beigelegt.

Im Anschluss wird die Sitzung für 15 Minuten unterbrochen. Nach Wiedereintritt in die Sitzung wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss

Die Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2011 wird mit den sich aus den beigelegten Anlagen ergebenden Veränderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

Punkt 4

Haushalt 2012

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert den Ablauf der weiteren Beratungen zum Haushalt 2012.

Punkt 4.1

228/11

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

Erörterung

Es sei nachvollziehbar, so der Landrat, dass gerade die Städte Selm und Schwerte aufgrund ihrer bilanziellen Überschuldung Einwendungen erhoben hätten. Von Seiten des Kreises sei aber alles, was möglich und verantwortbar war, getan worden, um den Belangen gerade dieser beiden Städte entgegen zu kommen. Darüber hinaus läge es beim Land NRW und dem Bund, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen zu ergreifen.

Allerdings wären die Einwendungen der Stadt Schwerte überzeugender, wenn nicht seit Beginn der Wahlperiode in 2009 der Bürgermeister wie auch der Rat die Kommunalaufsicht des Kreises über Gebühr

durch Beanstandungen von Ratsbeschlüssen oder Eingaben zur Klärung interner Auseinandersetzungen in Anspruch nähme und damit erhebliche Arbeitskapazitäten binden würden. Es handele sich bei der Kommunalaufsicht um eine Pflichtaufgabe, so dass der Kreis bei Eingang einer Beanstandung oder Eingabe tätig werden müsse.

Beschluss

Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Städte Selm und Schwerte gem. § 55 KrO NRW zum Entwurf der Haushaltssatzung 2012 (siehe Anlagen) zur Kenntnis.

Den Einwendungen wird in dem Umfang entsprochen, in dem über die Positionen der Veränderungsliste eine Anpassung des Hebesatzes der Allgemeinen Kreisumlage beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4.2

191-1/11

Stellenplan für das Jahr 2012

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert kurz den Inhalt der Ergänzungsvorlage und weist darauf hin, dass die FWG-Gruppe einen Antrag gestellt habe zu diesem Tagesordnungspunkt, der sich auf die Ausbildungsstellen beim Kreis Unna beziehe. Da die Ausbildungsstellen im Stellenplan nur nachrichtlich aufgeführt seien und sich aus dem Antrag Auswirkungen auf den Haushalt ergeben würden, werde der Antrag unter dem nächsten Tagesordnungspunkt 4.3 behandelt werden.

Der vorgelegte Stellenplan sei äußerst knapp gefasst. Die Arbeitsverdichtung habe ein Ausmaß erreicht, das für vermehrte Ausfälle Sorge und sich negativ auf den Krankenstand auswirke. Dadurch könnten Aufgaben nicht mehr zeitnah und vollständig erledigt werden. Dies sei bei der Entscheidung über den Stellenplan zu berücksichtigen.

Beschluss

Der Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2012 wird als Anlage zum Haushaltsplan in der beigefügten aktualisierten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4.3

183-2/11

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2012

- Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass vor der Entscheidung über die Haushaltssatzung über die vorliegenden Änderungsanträge entschieden werden müsse. Dies erfolge anhand der Auflistung, die den Fraktionen und Gruppen zugegangen sei.

4.3.1 Radikalismus, Rassismus und Neonazismus

Aktuell zur Sitzung sei ein gemeinsamer Antrag der SPD- Fraktion und der CDU-Fraktion zu den Haushaltsansätzen zum Thema Radikalismus eingegangen, der an alle Kreistagmitglieder verteilt worden sei. Dieser ersetze den bisherigen Antrag der SPD-Fraktion. Ebenfalls liege ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Thema vor. Der gemeinsame Antrag von SPD- und CDU-Fraktion sei der weitergehende, daher werde er zuerst zur Abstimmung gestellt.

Das Thema sei im Vorfeld der Sitzung breit diskutiert worden, so Frau Cziehso. Das Handlungsbedarf bestünde, darüber bestehe Einigkeit. Die bereits in den letzten Jahren zur Verfügung stehenden Mittel, bei denen es sich ausschließlich um Sachmittel gehandelt habe, seien nur zu einem Teil abgerufen worden. Als Grund dafür sehe sie den Mangel an personeller Unterstützung durch eine fachlich versierte Kraft. Daher werde vorgeschlagen, die Mittel zu erhöhen und zu einem Teil für Personalaufwendungen einzusetzen, um über eine solche Koordinierungsfunktion die Ausweitung der kreisweiten Aktivitäten zu erreichen.

Herr Goldmann erläutert den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag. In diesem Zusammenhang weist er auf die Notwendigkeit hin, aufgrund der Entwicklungen der letzten Monate die Maßnahmen gegen rechtsextreme Aktivitäten auszuweiten. Daher halte er eine Erhöhung der Sachmittel für dringend geboten. Damit könne dem Aufklärungsbedarf insbesondere an Schulen und in Vereinen Rechnung getragen werden. Die Intention des gemeinsamen Antrages der SPD- und CDU-Fraktion im Hinblick auf die personelle Unterstützung sei für ihn nachvollziehbar und unterstützbar. Dies könne aber nicht einhergehen mit einer Kürzung der dringend notwendigen Sachmittel. Er appelliere an den Landrat, nach einer tragbaren gemeinsamen Lösung zu suchen.

Er und auch andere der Beteiligten hätten sich bis heute Mittag um einen Konsens bemüht, so der Landrat, leider ohne Erfolg.

Lt. Herrn Jasperneite handele es sich um ein gesellschaftspolitisch wichtiges Thema, das in den letzten 14 Tagen intensiv besprochen worden sei. Es habe noch gestern einen Vorschlag für einen gemeinsamen Antrag gegeben, der von vier Fraktionen gestellt werden sollte. Seiner Meinung nach sei dieser Vorschlag tragfähig gewesen. Aber auch der jetzt vorliegende gemeinsame Antrag sei kompromissfähig und der Beschluss darüber notwendig, um den vorhandenen und auch weiteren Ansätzen von Rechtsradikalismus entgegen wirken zu können.

Herr Sell schlägt eine Unterbrechung der Sitzung vor, um allen Beteiligten die Gelegenheit zu geben, einen Kompromiss zu finden und zu einer gemeinsamen Abstimmung zu kommen.

Diesem Vorschlag wird nicht gefolgt. Der Landrat weist noch einmal darauf hin, dass er in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses appelliert habe, sich bis heute auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen. Trotz aller Bemühungen sei dies nicht gelungen.

Herr Dr. Laarmann signalisiert die Zustimmung der GFL-Gruppe zum gemeinsamen Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion. Es handele sich hierbei um einen tragfähigen Kompromiss, wobei er darauf hinweise, dass die Initiative zur Ausweitung der Mittel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgegangen sei.

Nach weiterer Diskussion wird die Abstimmung über diesen Antrag an das Ende der Antragsberatungen verschoben.

4.3.2 Bewirtschaftung des Parkplatzes am Kreishaus

Nach der Haushaltsrede von Herrn Sell handele es sich hier um einen Prüfauftrag, der durch die Verwaltung erfüllt werde, so der Landrat. Eine Abstimmung sei daher nicht notwendig.

4.3.3 Bereitstellung von zwei zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Fachkräfte des Verwaltungsdienstes

Herr Stalz erläutert den Antrag der FWG-Gruppe. Aus den dortigen Ausführungen werde deutlich, dass die derzeitige Zahl von Ausbildungsplätzen den bestehenden Bedarf nicht decken könne. Es sei vielmehr notwendig, weitere Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen, um auch zukünftig über eine genügende Anzahl qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verfügen.

Lt. Frau Cziehso sei nach längerer Vorberatung gestern in der Sitzung des Kreisausschusses eine Verschiebung bei den Ausbildungsplätzen hin zu einer weiteren Ausbildungsstelle im Verwaltungsbereich beschlossen worden. Dies jetzt ohne ein weitergehendes Konzept um weitere 2 Stellen zu erweitern, halte sie nicht für den richtigen Weg. Sie schlage Herrn Stalz vor, den von der FWG-Gruppe eingebrachten Antrag in die Beratungen für das Ausbildungskonzept für das Jahr 2013 einzubeziehen und sich frühzeitig damit zu beschäftigen. Dabei sei der Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit zu berücksichtigen, da bei der Festlegung der möglichen Arbeitsfelder dieser Themenbereich angesprochen und als Prüfauftrag festgehalten worden sei.

Herr Jasperneite schließt sich dem Vorschlag von Frau Cziehso an.

Herr Landrat fragt Herrn Stalz, ob er aufgrund des Vorgetragenen damit einverstanden sei, den Antrag als Arbeitsgrundlage für das Ausbildungskonzept 2013 zu nutzen.

Unter den genannten Voraussetzungen zur weiteren Behandlung des Vorschlages der FWG-Gruppe sei er damit einverstanden, den Antrag zurück zu ziehen, so Herr Stalz. Bei der Frage der interkommunalen Zusammenarbeit sollten die besonderen Belange der Kommunen mit einem Nothaushalt Berücksichtigung finden.

4.3.4 Feuerwehrservicezentrum

Herr Jaksch-Nink konkretisiert den Antrag dahingehend, dass keine weiteren Kosten verursacht, sondern mit diesem Konzept die Nachhaltigkeit der Investitionen gesichert und der Servicebereich im Zusammenhang mit dem Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit beschrieben werden sollen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept vorzulegen, dass das Ziel verfolgt, das Feuerwehrzentrum an der Florianstraße in Unna zu einem Servicezentrum auszubauen, von dem in erster Linie die Feuerwehren vor Ort profitieren. Die Wehren in den Städten und Gemeinden sind in diese Überlegung umfassen einzubeziehen. Das Konzept soll in der 2. Jahreshälfte 2012 vorgelegt werden. Dies beinhaltet auch Aussagen zu Personal und Kostenstrukturen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

4.3.5 Benutzungsgebühr für Kreissporthallen

4.3.6 Trägerzuschuss zur Neuen Philharmonie Westfalen

4.3.7 Eintrittsgelder Cappenberg

4.3.8 Vespermusik in der Stiftskirche Cappenberg

4.3.9 Umwandlung von den sogenannten Stadttickets in Regionaltickets

Der Landrat weist darauf hin, dass es sich bei diesen Anträgen sowohl um Themen handele, für die bereits Arbeitsaufträge bestünden, in die die Anträge der Fraktion DIE LINKE. einbezogen, als auch um neue Prüfaufträge, zu denen Vorschläge seitens der Verwaltung erarbeitet würden. Eine Abstimmung sei daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig.

4.3.10 Kinderschutzarbeit

Beschluss

Der Kinderschutzbund Kreis Unna erhält 2012 für die Arbeit im Bereich Prävention und Beratung einen Projektzuschuss von Euro 30 Tsd.

Der Zuschuss verringert sich um die Summe, die Dritte zur Verfügung stellen.

Des Weiteren wird der Zuschuss mit einem Sperrvermerk bis zur Sitzung des nächsten Kreistages versehen. Bis dahin wird der Landrat beauftragt, insbesondere unter Einbeziehung der Bürgermeisterkonferenz, eine Klärung darüber herbeizuführen, wie die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes im Kreis Unna unter Berücksichtigung der Arbeit des Kinderschutzbundes erfolgen kann. Eine evtl. Finanzierung durch den Bund mindert den Kreiszuschuss.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

4.3.11 Außenanlagen Ökologiestation

Herr Goldmann stellt unter Bezug auf eine Pressemitteilung der CDU-Fraktion klar, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Beginn die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieses Projektes stark in Frage gestellt habe. Nach eingehender Information und Beratung durch die Verwaltung werde hier aber dem Bildungsaspekt und dem Bedarf der kreisangehörigen Kommunen und hoffentlich weit darüber hinaus Rechnung getragen. Wie bemängelt, habe es eine Kostensteigerung und Zeitverzug gegeben, allerdings in einem vertretbaren, begründeten und bei einer Baumaßnahme üblichen Rahmen. Die nach wie vor ablehnende Haltung der CDU-Fraktion sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Lt. Herrn Jasperneite habe die CDU-Fraktion den Bau des Gästehauses von Anfang an sehr kritisch betrachtet und ihre Haltung zum Ausdruck gebracht. Sie werde dies auch bis zur Beendigung der Baumaßnahme tun. Der Betrieb und die weitere Entwicklung werde aber in allen Gremien des Kreises begleitet, vor allem unter dem Aspekt der Umweltpädagogik. Er biete daher an, im Sommer 2012 gemeinsam mit allen Fraktionsvorsitzenden einen Steinbackofen auf dem Gelände der Ökologiestation zu bauen.

Das Umweltzentrum sei immer ein Highlight des Kreises Unna gewesen, so Herr Teumert. Die Diskussion, dort Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen, bestehe schon seit mehr als 10 Jahren. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II hätten den Bau des Gästehauses und damit eine Aufwertung des Umweltzentrums ermöglicht. Für einen optimalen Betrieb seien nun die in den Haushalt eingestellten Mittel notwendig. Hiervon werde der gesamte Bereich profitieren. Daher lehne die SPD-Fraktion die Streichung der Mittel ab.

Herr Dr. Laarmann merkt an, dass Umweltschutz seit 1994 Bestandteil unserer Verfassung sei. Daher sei nicht nach zu vollziehen, dass dieses Projekt in die Nähe einer Partei gerückt werde. Die GFL-Gruppe werde dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt, die in der Sitzungsvorlage 183-1/11 bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro für die Außenanlagen der Ökologiestation des Kreises Unna nicht zu etatisieren.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
Stimmen der Fraktionen

(17 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, 49 Nein-

Stimmen der Fraktionen
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

FDP, DIE LINKE., der FWG- und

GFL-Gruppe sowie des Landrates)

4.3.12 Inklusion im Kreis Unna – Behindertengerechter Aufzug im Gästehaus der „Ökostation“

Lt. Herrn Teumert sei das Gästehaus auch jetzt schon für Behinderte nutzbar. Sollte sich zeigen, dass über

das behindertengerechte Erdgeschoss hinaus die Räume im Obergeschoss benötigt würden, könne über den Einbau eines Aufzuges erneut nachgedacht werden. Dazu müssten die Erfahrungen im tatsächlichen Betrieb abgewartet werden. Zur Zeit sei das Augenmerk auf den noch ausstehenden Inklusionsplan des Landes NRW und die damit zu erwartenden Notwendigkeiten zu legen. Bei der Entscheidung, welche der sich ergebenden Maßnahmen umgesetzt werden können, müsse die aktuelle Haushaltslage Berücksichtigung finden.

Ursprünglich sei das Gästehaus als integrativer Betrieb geplant worden, so Herr Hüppe. Dies sei aus verschiedenen Gründen nicht zustande gekommen. Er halte eine barrierefreie Gestaltung durchaus für wichtig, aber im Hinblick auf die notwendige Umgestaltung der Schulen des Kreises müsse die Schwerpunktsetzung geprüft werden. Die Verwaltung habe den Auftrag, ein Inklusionskonzept mit einer Prioritätenliste zu erarbeiten. Dies müsse abgewartet werden, bevor über einzelne Projekte entschieden würde.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass erst nach Vorliegen der Landesvorgaben die Voraussetzungen für die Prüfung vorlägen, welche Maßnahmen notwendig werden und mit welcher Priorität sie umzusetzen seien. Dies sei in die zuständigen politischen Gremien des Kreises transportiert worden und habe dort Akzeptanz gefunden.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushalt 2012 vorsorglich 60.000,- € für den Einbau eines behindertengerechten Fahrstuhls in das Gästehaus der Ökostation einzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

(10 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und DIE

LINKE., 56 Nein-Stimmen der

Fraktionen SPD, CDU, FDP, der

FWG- und der GFL-Gruppe sowie

des Landrates)

4.3.13 Bereitstellung der Betriebskosten in Höhe von rund 30.000,- € für die Waldschule Cappenberg

Frau Bürhaus ergänzt den vorliegenden Antrag dahingehend, dass ein Wegbrechen der Mittel die Existenz der Waldschule bedrohen würde. Die ständigen finanziellen Engpässe seien bekannt. Ähnlich wie bei der Bezuschussung des Kinderschutzbundes könnte die Gewährung der Mittel für die Betriebskosten daran geknüpft werden, vorrangig Sponsorengelder zu akquirieren. Im Vordergrund müsse aber die Sicherung der Existenz der Waldschule stehen.

Frau Cziehso teilt mit, dass sie Vorstandsmitglied der Waldschule sei. Darauf hin wird ihre Befangenheit gemäß § 28 Abs. 2 der Kreisordnung NRW festgestellt. Sie nimmt an der weiteren Beratung dieses Antrages nicht teil.

Lt. Herrn Teumert erfolge die Unterstützung der Waldschule durch den Kreis und die kreisangehörigen Kommunen mittelbar über deren Mitgliedsbeitrag an die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG). Aktuell habe diese einen mehrjährigen Vertrag mit der Waldschule geschlossen. Zur Sicherstellung der finanziellen Ausstattung würden derzeit Gespräche sowohl mit den Kommunen Lünen, Selm und Werne als auch mit Sponsoren geführt. Die Ergebnisse seien abzuwarten.

Für die derzeitige finanzielle Lage der Waldschule seien auch Gründe in der Art der früheren Mittelverwendung und der Übernahme zusätzlicher Aufgaben zu suchen, so Herr Jasperneite. Zudem könne es nicht Aufgabe des Kreises sein, die Mittel aufzufangen, die aufgrund der desolaten Haushaltslage der Stadt Selm wegbrächen. Ähnliches könne aufgrund der allgemein schlechten Haushaltssituation zukünftig auch bei anderen Zuschussempfängern in anderen Kommunen drohen. Natürlich werde alles getan, um die Existenz der Waldschule zu sichern. Nicht nachvollziehen könne er aber, dass die Waldschule nicht selbst einen Antrag gestellt habe, wenn ihre finanzielle Situation so bedrohlich sei.

Herr Goldmann führt aus, dass die Frage lauten müsse, was dem Kreistag die Umweltbildung wert sei und dass nicht der betriebswirtschaftliche Aspekt im Vordergrund stehen sollte. Dies sei nicht nur Meinung einer Fraktion. Er verweist auf eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion aus Juli, in der die stärkere Unterstützung der Waldschule gefordert worden sei. Bekannt sei, dass die direkt finanziell beteiligten Nordkommunen ihre Zuschüsse teils drastisch gekürzt hätten. Es sei fraglich, ob diese Zuschüsse überhaupt weiter gezahlt werden können bzw. im Fall von Selm als Kommune im Stärkungspakt gezahlt werden dürfen. Für diesen Fall sei der Antrag auf vorsorgliche Bereitstellung der Gelder gestellt worden.

Herr Dr. Laarmann weist im Zusammenhang mit der angesprochenen Sponsorengewinnung auf die Gefahr des sogenannten „Greenwashing“ hin, bei dem durch Spenden auf die Inhalte der Arbeit Einfluss genommen werde. Es sei zu bedenken, dass dies durch die Bereitstellung ausreichender öffentlicher Mittel vermieden werden könne. Der GFL-Gruppe sei die Erhaltung des Kernziels der Selbstständigkeit solcher Einrichtungen wichtig.

Herr Jasperneite regt an, die Leiterin der Waldschule in eine Sitzung des Natur- und Umweltausschusses einzuladen, um dort über das weitere Vorgehen und mögliche Veränderungen des Konzeptes zu diskutieren und auf diesem Weg einen dauerhaften Erhalt der Einrichtung zu erreichen.

Lt. Herrn Sell lägen keine belegbaren Zahlen darüber vor, dass tatsächlich ein Bedarf in der im Antrag genannten Höhe bestehe. Der Haushalt der Stadt Selm sei noch nicht eingebracht, ob und in welcher Höhe ein Zuschuss eingeplant werde, daher heute nicht absehbar. Unter diesen Voraussetzungen werde die Fraktion DIE LINKE. sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Haushalt 2012 die Bereitstellung der Betriebskosten der Waldschule Cappenberg zu berücksichtigen und hierfür 30.000,- € vorsorglich einzuplanen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
GRÜNEN,

(8 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE

SPD, CDU, FDP, der FWG-

53 Nein-Stimmen der Fraktionen

Enthaltungen der Fraktion DIE

Gruppe sowie des Landrates, 4

LINKE. und der GFL-Gruppe)

4.3.14 Beibehaltung der Ermächtigungsgrundlagen

Herr Jasperneite erläutert kurz den vorliegenden Antrag. Die CDU-Fraktion halte die bisherigen Wertgrenzen für ausreichend. Eine Begründung für die Notwendigkeit einer Veränderung sei seitens der Verwaltung nicht erfolgt. Sollte für das Haushaltsjahr 2013 der Grund plausibel gemacht werden, könne erneut über das Thema beraten werden.

Frau Cziehso führt aus, dass die in der Haushaltssatzung für eine Nachtragsatzung vorgesehene Regelung auch der Politik mehr Freiheit gebe. Da es aber keinen zwingenden Grund für diese Änderung gebe, werde die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Lt. Herrn Landrat Makiolla handele es sich hier um einen Akt der Entbürokratisierung. Aus den politischen Diskussionen habe er den Wunsch entnommen, das Verwaltungshandeln zu vereinfachen. Dem sei hiermit gefolgt worden. Es werde für das nächste Haushaltsjahr einen neuen Vorschlag mit entsprechender Begründung geben.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die Beibehaltung, der in § 9 der Haushaltssatzung 2011 festgelegten Wertgrenzen in Höhe von 3% zur Bestimmung einer erheblichen Abweichung, die die Pflicht zum Erlass einer Nachtragsatzung begründet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(65 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, FDP und DIE LINKE., der

FWG- und der GFL-Gruppe,

1 Nein-Stimme des Landrates)

Der Landrat weist darauf hin, dass über den Antrag 4.3.1 noch abzustimmen sei.

Beschluss

Der Kreis Unna stärkt die Arbeit gegen Radikalismus, Extremismus und Neonazismus mit dem Aufgabenschwerpunkt der Vernetzung und Koordinierung der bereits vorhandenen Initiativen im Kreis Unna, Zusammenarbeit mit Schulen, Gewaltprävention und Opferschutz.

Für die hierfür notwendige Personalausstattung (im Bereich Sozialarbeit / Sozialpädagogik) stellt der Kreistag zusätzlich 2.500 Euro bereit, weitere 5.000 Euro werden durch die Umwidmung von Projektmitteln zur Verfügung gestellt.

Für sächliche Aufwendungen stehen damit zukünftig 5.000 Euro zur Verfügung.

Weitere Projektmittel über 2.500 Euro stehen mit einem Sperrvermerk zur Verfügung. Dieser kann vom Kreisausschuss bei Nachweis entsprechender Projektanträge aufgehoben werden.

Der Landrat berichtet über die Umsetzung im Kreisausschuss am 19. März 2012.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt
GRÜNEN)

(8 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

Abschließend teilt Herr Landrat Makiolla mit, dass aufgrund des in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses gefassten ablehnenden Beschlusses über die Mittel zur Inklusion im Bereich der Schulen die hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 Euro aus dem Entwurf gestrichen worden seien. Er weise aber darauf hin, dass bei einem aufgrund der angekündigten Landesvorgaben zur Inklusion in 2012 verpflichtend zu erstellenden Gutachten keine Haushaltsmittel dafür zur Verfügung stünden.

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2012 unter Berücksichtigung der gefassten Änderungsbeschlüsse.

Beschluss

Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2012 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit den sich aus den beigefügten Anlagen ergebenden Veränderungen und den getroffenen Änderungsbeschlüssen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(4 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
FWG-Gruppe)

Punkt 5

184/11

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

220/11

Einheitliches Berichtswesen für Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten -

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2011 -

Erörterung

Der Landrat teilt mit, dass heute aufgrund der im Ältestenrat und im Kreisausschuss erfolgten Beratungen ein ergänzter Antragstext vorgelegt worden sei.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, in künftige Vereinbarungen mit Dritten ein standadisiertes, in vergleichender Betrachtung aussagekräftiges, die Belange des Einzelfalls berücksichtigendes Berichtswesen über die zweckentsprechende Verwendung der vom Kreis Unna gewährten Zuschüsse festzuschreiben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

203/11

Nahverkehrsplan-Ergänzung 2011 – Beschluss über die Stellungnahmen

Beschluss

Der Landrat empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

1. Dem Vorschlag des Landrats zur Abwägung der Stellungnahmen wird zugestimmt.
2. Der Kreistag beschließt die Übernahme des Nacht-ÖPNV-Angebotes in dem Umfang wie in der Vorlage beschrieben in den formalen Nahverkehrsplan inclusive der vorgeschlagenen Erweiterungsmaßnahmen. Die Finanzierung erfolgt solidarisch über den Betriebsleistungsschlüssel.
3. Der Kreistag beschließt die Übernahme der ÖPNV-Anbindungen der regional bedeutsamen Gewerbestandorte Bönen/Am Mersch und Unna/Unna-Ost/Max-Born-Str./Stadtwerke in den formalen Nahverkehrsplan. Die Finanzierung erfolgt solidarisch über den Betriebsleistungsschlüssel.
4. Der Landrat wird beauftragt, die Nahverkehrsplan-Ergänzung redaktionell fertig zu stellen und an die beteiligten Institutionen zu versenden.
5. Der Landrat wird aufgefordert, die Verkehrsunternehmen kurzfristig mit der Umsetzung der Angebots- und Tarif-Maßnahmen zu beauftragen.
6. Der Landrat wird beauftragt, die für den Kreis Unna aufgrund der o.a. Maßnahmen zusätzlich auftretenden Kosten mittels zu erarbeitender Einsparmaßnahmen im Rahmen der NVP-Fortschreibung 2012-2013 (z. B. kreisweite Schulzeitstaffelung) mindestens zu kompensieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

210-1/11

Erörterung

Der Landrat weist darauf hin, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag der FWG-Gruppe gebe, über den mit zu beraten sei.

Herr Hebebrand teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Der FahrradBus werde gut angenommen, insbesondere auf der Nord-Süd-Achse. Die Festlegung auf eine Projektdauer von 5 Jahren sei sinnvoll und gebe Planungssicherheit. Die weitere Unterstützung des FahrradBusses stehe zudem im Kontext mit der Mitgliedschaft des Kreises in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW. Das nunmehr vorgelegte Konzept beinhalte sowohl eine Kostenminderung als auch kürzere Fahrzeiten bei Beibehaltung der Qualität des Angebotes. Der Antrag der FWG-Gruppe sei daher für ihn nicht nachvollziehbar.

Lt. Herrn Bremerich werde die CDU-Fraktion ihre Zustimmung nicht erteilen, da sich die Nutzerzahlen in den 2 Jahren seit Projektbeginn nicht verbessert hätten. Dagegen stünden hohe Subventionen pro transportiertem Fahrrad. Zwar seien mit dem neuen Konzept die Kosten verringert worden, gleichzeitig damit aber auch der Umfang des Angebotes. Dies werde nicht zu einer erhöhten Nachfrage führen. Nach seiner Berechnung lägen die Subventionen pro transportiertem Fahrrad bei 26,80 Euro. Dies sei aufgrund der schlechten Finanzlage der öffentlichen Hand nicht vertretbar. Die Gelder seien an anderer Stelle sinnvoller für einen fahrradfreundlichen Kreis einzusetzen.

Der Landrat stellt klar, dass die hier eingeplanten Mittel aus der vom Land gewährten ÖPNV-Pauschale verwendet würden.

Das Projekt an sich sei unterstützenswert, so Herr Stalz. Allerdings seien aufgrund der Haushaltslage die bisherigen Kosten pro Radbewegung zu hoch, die pro Fahrrad und Einzelfahrt zwischen 60 und 80 Euro gelegen hätten, was der Öffentlichkeit für eine Fortführung nicht zu vermitteln sei. Das geänderte Konzept sehe eine Veränderung des Angebotes vor, einhergehend mit der drastischen Senkung der Kosten. Diese Veränderung dürfe aber nicht zu einer Senkung der Nutzerzahlen führen, wenn die angestrebten Ziele erreicht werden sollen. Es müsse daher bereits nach einem und nicht erst nach fünf Jahren eine Evaluierung stattfinden. Aus diesem Grund sei der Antrag der FWG-Gruppe gestellt worden.

Lt. Frau Schneider werde der FahrradBus durchaus auch von Personen ohne Fahrrad genutzt, da ansonsten eine Busverbindung an Sonntagen nicht zur Verfügung stehe. Eine Aufrechnung der Transportkosten sei für sie nicht nachvollziehbar, da z.B. Autofahrern Autobahnkilometer auch nicht in Rechnung gestellt würden. Die bisherige Ausgestaltung des FahrradBusses sei gut gewesen und hätte beibehalten werden sollen. Das neue Konzept werde aber von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitgetragen. Dabei werde auf eine Projektzeit von 5 Jahren Wert gelegt. Dieser Zeitraum sei für die Einführung einer Buslinie notwendig.

Die Schnellbuslinie S30 sei ein Beispiel dafür, so Frau Cziehso, dass ein längerer Zeitraum benötigt würde, bis ein solches Angebot angenommen würde. Dazu sei Verlässlichkeit ebenfalls ein wichtiges Kriterium.

Daher werde die SPD-Fraktion dem Antrag der FWG-Gruppe nicht folgen. Allerdings solle jährlich ein Bericht über die Entwicklung erfolgen, damit auf notwendige Veränderungen reagiert werden könne.

Herr Klostermann führt aus, dass dieses touristische Angebot sehr wetterabhängig sei und daher unterschiedlichen Entwicklungen unterliege. Aus diesem Grund sei eine längere Phase zu betrachten und auszuwerten, bevor eine abschließende Entscheidung getroffen werde. Dem werde durch den 5-jährigen Projektzeitraum Rechnung getragen.

Lt. Herrn Jasperneite sei das neue Konzept nicht attraktiv genug, um sich auf Dauer zu tragen. Nicht alles was wünschenswert sei, müsse und könne angesichts der finanziellen Voraussetzungen angeboten und beibehalten werden.

Der FahrradBus sei Teil einer zeitgemäßen Verkehrspolitik, so Herr Dr. Laarmann, mit der eine gleichberechtigte Teilhabe aller am Straßenverkehr ermöglicht würde. Dazu wäre zu Beginn der Einsatz öffentlicher Mittel sowie eine intensive Imagepflege geboten. Die vorgesehene Laufzeit müsse genutzt werden, um das Projekt dauerhaft zu verankern.

Herr Steffen weist darauf hin, dass der gesamte Nahverkehr subventioniert werden müsse. Die hier eingesetzten Mittel kämen aus der Nahverkehrspauschale des Landes, die zweckgebunden einzusetzen sei. Hier handele es sich um den Versuch, eine attraktive Nahverkehrsinitiative zu starten. Sollte sich nach 5 Jahren herausstellen, dass der FahrradBus nicht erfolgreich sei, müsse dann über eine andere Verwendung im Bereich des Nahverkehrs nachgedacht werden.

Herr Stalz hält den Antrag aufrecht, so dass zuerst über diesen Antrag abgestimmt wird.

Beschluss

Die Laufzeit des Projektes FahrradBus wird über das nächste Jahr nur dann weiter geführt, wenn die Fahrgastzahlen eine steigende Tendenz aufweisen und die bisherigen spezifischen Kosten deutlich gesenkt werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
der Fraktionen

(2 Ja-Stimmen der FWG-Gruppe, 64 Nein-Stimmen

SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, FDP und DIE LINKE., der

GFL-Gruppe sowie des Landrates)

Sodann wird über den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage DRSNr. 210-1/11 abgestimmt.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Verkehrsunternehmen VKU und BRS zu beauftragen, zwischen Fröndenberg, Opherdicke, Unna, Kamen, Bergkamen, Werne, Cappenberg und Nordkirchen FahrradBusse

nach dem im Fortsetzungstext beschriebenen Modell einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (49 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE., der FWG- und der GFL-Gruppe sowie des Landrates, 17 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion)

Punkt 9

205/11

Errichtung von neuen Bildungsgängen am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen

Beschluss

Zum Schuljahr 2012/13 werden die in der Anlage bezeichneten Bildungsgänge am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

222/11

Energetische Sanierung des Zentrums für Naturwissenschaften und Technologie (NTZ) und räumliche Konzentration der schulischen Verwaltungseinheiten (Dienstleistungszentrum Schulen) sowie Schaffung von Büroraum für die Kreisverwaltung

Erörterung

Der Landrat weist auf das als Anlage 8 zur Sitzungsvorlage nachgereichte Raumbedarfskonzept hin. Er trete dem Vorwurf entgegen, den Herr Jasperneite in seiner Haushaltsrede zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II erhoben habe. Zum Zeitpunkt der Übernahme der Aufgaben der Versorgungs- und der Umweltverwaltung vom Land habe die Verwaltung davon ausgehen können, dass die vorhandenen Büroräume ausreichen. Erst in jüngerer Zeit seien weitere Aufgabenfelder hinzugekommen, so aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und durch Übernahme der Hilfe zur ambulanten Pflege. Aufgrund der damit notwendigen Erhöhung des Personalbestandes sei in den letzten 12 Monaten ein erheblicher zusätzlicher Raumbedarf entstanden. Dies habe dazu geführt, dass extern Büroräume angemietet werden mussten. Die dadurch entstehenden Kosten lägen weit über den Beträgen für eigene Räume. Aus diesem Grund werde der Ausbaus des NTZ vorgeschlagen.

Beschluss

1. Sanierung NTZ

Im Rahmen des laufenden Investitionsprogramms „Schulen mit Zukunft 2009 – 2015“ wird der Gebäudekomplex des Zentrums für Naturwissenschaften und Technologie/NTZ mit seinen schulischen (Hellweg BK) und schulbezogenen Nutzungen (Teile des FB 40) energetisch und funktional saniert.

2. Ergänzendes Neubau am Standort NTZ (Erweiterungsbau)

Im Zusammenhang mit der Sanierung wird ein zusätzliches Gebäude realisiert, das die räumliche Konzentration des FB 40 mit sämtlichen schulaufsichtlichen und schulträgerbezogenen Aufgaben und schulbezogenen Diensten als Dienstleistungszentrum Schulen am Standort ermöglicht. Darüber hinaus werden im Erweiterungsbau Nutzflächen für nicht publikumsintensive Organisationseinheiten der Kreisverwaltung als Ersatz für zur Zeit extern angemietete Flächen geschaffen.

3. Zeitrahmen und Baubudget

Für den Maßnahmeteil „Sanierung NTZ“ wird das Baubudget einschließlich aller Nebenkosten auf brutto max. 6,7 Mio. Euro, für den Maßnahmeteil „Erweiterungsbau“ entsprechend auf 3,4 Mio. Euro festgesetzt (Anlage 2). Vorbereitung und Ausführung der Maßnahme sind entsprechend dem vorgelegten Zeitplan (Anlage 1b) durchzuführen. Der Erweiterungsbau soll im 3. Quartal 2013 fertiggestellt sein, die Sanierung NTZ soll in 2 Bauabschnitten im 2. Quartal 2014 abgeschlossen sein.

4. Baudurchführung

Die Gesamtmaßnahme wird „konventionell“ mit Unterstützung durch externe Planer (Generalplaner für NTZ, Ausführungsplaner usw. für den Erweiterungsbau) und durch gewerkeweise Vergabe durchgeführt. Im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen ist wie bei den bisherigen Baumaßnahmen der Schulsanierung die weitestmögliche Beauftragung regionaler Dienstleister und Baufirmen anzustreben.

5. Berichterstattung, Begleitung durch die zuständigen Gremien

Dem Schulausschuss, dem Bau- und Technikausschuss und der Baukommission ist wie bei den bisherigen Baumaßnahmen der Schulsanierung regelmäßig zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

215/11

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung

Beschluss

Der Kreistag stimmt der Verlängerung der Vereinbarung nach § 17 Abs. 2 SGB II / § 75 Abs. 3 SGB XII zwischen dem Kreis Unna als Träger der Sozialhilfe nach dem SGB XII und als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, der Stadt Lünen, der S.I.G.N.A.L gGmbH (als Rechtsnachfolger des Vereins S.I.G.N.A.L. e.V.) und der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna, als Träger der sozialen Schuldner-

und Insolvenzberatung bis zum 31.12.2012 zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

151/11

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. über den jährlich zu zahlenden Zuschuss und dessen Verwendung

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Text der Vereinbarung aufgrund der Vorberatungen geändert worden sei. Die neue Fassung sei allen Kreistagmitgliedern zugegangen. Die Abstimmung erfolge daher über die Fassung der Vereinbarung vom 19.12.2011.

Beschluss

Die Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

185/11

Wettbewerb „Biologische Vielfalt in privaten Gärten“

- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2011 -

Erörterung

Herr Teumert erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Ergänzend führt er aus, dass im Rahmen der Vorberatungen vereinbart worden sei, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Natur- und Umweltausschusses ein Konzept erarbeite. Geprüft werden solle dabei auch, ob der Wettbewerb in Kooperation mit weiteren Partnern wie z.B. dem NABU, Siedlerverbänden durchgeführt werden könne, um einen zusätzlichen Personalaufwand im Fachbereich zu vermeiden. Zu diesem Vorschlag erbitte er die Zustimmung des Kreistages.

In der Sache halte er diesen Wettbewerb für richtig, so Herr Goldmann. Allerdings handele es sich hier um eine Angelegenheit der Städte und Gemeinden und nicht des Kreises. Daher werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag nicht zustimmen.

Lt. Herrn Jasperneite sehe er die Zuständigkeit ähnlich wie Herr Goldmann. Es seien für die CDU-Fraktion

aber noch viele Fragen offen, die im Laufe des Prozesses im kommenden Jahr zu klären seien. Daher werde die Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten.

Der Landrat weist darauf hin, dass er die Ausführungen von Herrn Teumert so verstanden habe, dass der Antrag dahingehend abgeändert werde, dass die Verwaltung lediglich beauftragt werde, ein Konzept zu erarbeiten und ein Wettbewerb in 2012 nicht stattfinden solle. Dies wird durch den Antragsteller bejaht.

Herr Sell folgt für die Fraktion DIE LINKE. der Haltung, dass es sich hier um eine Angelegenheit der Städte und Gemeinden handle und somit seine Fraktion ebenfalls nicht zustimmen werde.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, ein Konzept für einen Wettbewerb „Naturnahe Gärten im Kreis Unna“ vorzulegen.

Zielsetzung soll dabei sein, Bürgerinnen und Bürger auszuzeichnen, die sich bei der Gestaltung ihres Gartens für den Erhalt von naturnahem Grün und biologischer Vielfalt einsetzen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(38 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und FDP, der GFL-Gruppe sowie des Landrates, 9 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE., 21 Enthaltungen der CDU-Fraktion und der FWG-Gruppe)

Punkt 14

202/11

Zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna

vom 07.12.1998 (12. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2012

Beschluss

Die als Anlage 1 beigefügte zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (12. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Informationsveranstaltung Fracking

Der Landrat teilt mit, dass die angekündigte Informationsveranstaltung am Montag, den 19. März 2012, ab 18

Uhr, in der Stadthalle Kamen stattfinden werde. Einladungen dazu würden rechtzeitig zugehen. Die Veranstaltung sei offen für alle Interessierten.

2. Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

Herr Stalz fragt nach der Berechnung der finanziellen Auswirkungen in den Sitzungsvorlagen DRSNr. 114/11 und 114-1/11, die in beiden Fällen identisch seien bei unterschiedlicher Anzahl von Ausbildungsplätzen.

Ihm wird eine Überprüfung und eine schriftliche Antwort durch den Landrat zugesagt.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 16

211/11

Unterstützung des Wettbewerbs im SPNV bei der Fahrzeugfinanzierung

Punkt 17

206/11

VOF-Verfahren zur Generalplanung der Sanierung des NTZ in Unna

-Vergabe des Auftrages-

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anlagen

Haushaltsreden der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE., der FWG- und der GFL-Gruppe

Ende der Sitzung

19.00 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin